

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Marvin Hager
Beigeordnete Christina Heide
Bürgermeisterin Gesche Marxfeld

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussvorsitzender Martin Ehlers
Stellv. Ausschussvorsitzender Thomas Suberg

Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"

Beigeordneter Martin Burkhart
Stellv. Ausschussvorsitzender Michael von den Berg

Mitglied Fraktion WIN@WBV

Beigeordneter Markus Bulla

Mitglied Gruppe "Die BUNTEN"

Ausschussmitglied Helga Weinstock

Mitglied Gruppe FDP/FW

Grundmandat Darwin Reinhard

Stadtelternrat

Stimmberechtigter Sachverständiger Detlev Jonas

Vertretung der Lehrkräfte der Berufsbildenden Schulen

Stimmberechtigter Sachverständiger Matthias Thode

Vertretung der Lehrkräfte der allgemeinbildenden Schulen

Stimmberechtigte Sachverständige Heike Prinz

Gäste aus den Schulen

Frau Becker (Grundschule Rüstersiel), Frau Oltmanns (Grundschule Rheinstraße), Frau Tietjen (NGW), Herr Bergner (Grundschule Wiesenhof), Herr Fechtmann (Grundschule Stadtmitte), Herr Horn (NGW), Herr Müller (IGS),

Verwaltung

Erster Stadtrat Herr Schönfelder, Herr Brandt, Herr Hofmann

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschriften über die öffentlichen Teile der Sitzungen des Schulausschusses vom 03.06.21 und vom 03.03.22 sowie der gemeinsamen Sitzung von BGGs und SchA vom 24.06.21
- 4 Vorlagen an den Rat
- 4.1 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU und WIN@WBV: „Entwicklung Leitbild Wilhelmshaven 2045“ **557/2022**
- 4.2 Resolution zur Gewährleistung der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter **247/2022**
- 5 Mitteilungen und Anfragen
- 5.1 Informationen zur Marion-Dönhoff-Schule - Auslobung des Architektenwettbewerbs
- 5.2 Informationen zum Schuljahresbeginn 2022/23 - Einschulungen 1. und 5. Jahrgang sowie Beschulung ukrainischer Kinder und Jugendlicher
- 5.3 Informationen zum Umgang mit den Herausforderungen der Energiekrise in den Schulen
- 5.4 Informationen zum Modellprojekt "Verwaltungsassistenz an Schulen"

Vorbemerkung: Den Wortmeldungen von Schulleitungen ging die einhellige Worterteilung voraus.

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der stellvertretende Vorsitzende **Herr Suberg** eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Genehmigung der Tagesordnung

Herr Burkhardt bemängelt wegen der Auswirkungen auf die Schulen das Fehlen der Vorlage 267/2022 (WiPlan GGS, geänderte Maßnahmen). Anschließend wird die Tagesordnung bei drei Ablehnungen genehmigt.

- 3 Genehmigung der Niederschriften über die öffentlichen Teile der Sitzungen des Schulausschusses vom 03.06.21 und vom 03.03.22 sowie der gemeinsamen Sitzung von BGGs und SchA vom 24.06.21

Herr Burkhardt beklagt die lange Bearbeitungsdauer der Protokollierung und fordert Abhilfe. Die o. a. Niederschriften werden wie folgt genehmigt: 03.06.21 sieben Zustimmungen, fünf Enthaltungen, 24.06.21 sechs Zustimmungen, sechs Enthaltungen, 03.03.22 elf Zustimmungen, eine Enthaltung.

- 4 Vorlagen an den Rat

4.1 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU und WIN@WBV: „Entwicklung Leitbild Wilhelmshaven 2045“ **557/2022**

Herr Ehlers verliest den Antrag. Zur Frage von **Frau Weinstock** teilt **Herr Schönfelder** mit, dass die Mittel aus dem Kohlestruktur-Fond noch bis 2038 bereit stehen, auch falls das Kohlekraftwerk nicht wie geplant abgeschaltet wird. **Herr Burkhart** fordert eine starke Einbindung von Bildung über das Ergebnis der Schulentwicklungsplanung und dem ländlichen Bereiches Wilhelmshavens. **Herr Bulla** ergänzt zum Antrag u. a., dass festgestellt werden soll, was der Stadt fehlt, um ein Leitbild für 2045 zu entwickeln. Ende 2022 soll das Leitbild beschlossen werden.

Herr Ehlers bittet zur Abstimmung.

Auf den Antrag wird verwiesen.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Die Verwaltung wird beauftragt bis zur Ratssitzung im September 2022 zu prüfen, welche konkreten Schritte zur Entwicklung eines Leitbildes „Wilhelmshaven 2045“ im Einklang mit dem Projekt „Regionalmanagement Strukturwandel Kohleausstieg“ nötig sind. Als Basis sollen die Ergebnisse des 2014 vom Rat beschlossenen Stadtentwicklungsplan „StepPlus“ dienen. Das Leitbild „Wilhelmshaven 2045“ soll unter anderem als Grundlage für die Aufstellung eines neuen Flächennutzungsplans (FNP) dienen und -ähnlich wie der Prozess StepPlus - eine Bürgerbeteiligung vorsehen.

Begründung:

Der Prozess des energiepolitischen Strukturwandels hat u. a. erhebliche Auswirkungen auf die weitere städteplanerische Entwicklung Wilhelmshavens und der umliegenden Region. Zugleich ist die Aufstellung eines neuen Flächennutzungsplans für die Stadt Wilhelmshaven dringend notwendig. Dies wurde seitens der Verwaltung bereits i. R. des Antrags "Projektplanung zur Erarbeitung eines neuen Flächennutzungsplanes" (520/2022) grundsätzlich bejaht. Ziel des Antrages ist, die wertvollen Ergebnisse des Stadtentwicklungsplan StepPlus mit den neuen Anforderungen aus dem Strukturwandel zu einem integrierten Leitbild zusammenzuführen und daraus u. a. einen neuen Flächennutzungsplan (FNP) zu entwickeln.

4.2 Resolution zur Gewährleistung der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter **247/2022**

Herr Ehlers verliest die Vorlage. **Herr Schönfelder** führt aus, dass das Land überfällig ist mit den Vorgaben zur Ganztagsbetreuung ist, weshalb der Nds. Städtetag (NST) um Beitritt zur Resolution bat. Für das Thema Ganztage wird es innerhalb der Verwaltung eine Arbeitsgruppe geben. Eingebunden werden auch die Schulleitun-

gen und die schulischen Konzepte. Er bittet den Ausschuss, sich der Resolution anzuschließen. **Herr von den Berg** bevorzugt den direkten Draht von Politik und Verwaltung zum Nds. KM, woraufhin **Herr Schönfelder** den NST als nicht zu unterschätzenden Multiplikator beschreibt. **Frau Weinstock** bezweifelt, dass die Stadt die Umsetzung des Rechtsanspruchs gewährleisten kann und **Frau Marxfeld** plädiert dafür, die Arbeitsgruppe „Bessere Schule“ aufleben zu lassen.

Zur Frage von **Herrn Thode** teilt **Herr Schönfelder** mit, dass z. B. Beteiligung von Eltern-, Schüler- und Lehrerverbänden vom NST gefordert wird. **Frau Becker** lädt ein, mit den Grundschulen, die bereits Ganztagschulen sind, ins Gespräch zu kommen. **Frau Oltmanns** spricht sich angesichts nicht ausreichender personeller und finanzieller Ressourcen für eine Evaluierung aus. Auch **Herr Bergner** weist auf die schwierige Personalsituation im Ganztag hin – dies gilt sowohl für die Betreuung als auch für die Umsetzung baulicher Maßnahmen. Die baulichen Maßnahmen, so **Herr Schönfelder**, können auch durch die Auftragsvergabe an Dritten umgesetzt werden. Auf Frage von **Frau Prinz** führt er aus, dass die Stadt die Fördermittelbeantragung leisten kann. **Herr Brandt** verweist auf die aktuelle Fördermittelbeantragung zum Neubau der Marion-Dönhoff-Schule und das häufig der gleiche kleine Kreis von Mitarbeitenden mit der Beantragung betraut ist. **Herr von den Berg** verweist auf den Verlust der Fördermittel zur Musikschule. **Frau Heide** fordert, die Bearbeitung von Fördermittelanträgen zu priorisieren.

Herr Ehlers fasst zusammen, dass es darum geht, das Nds. MK dazu zu bringen, dass der Ganztagsrechtsanspruch durch die Kommunen anständig umgesetzt werden kann und ruft zur Abstimmung auf.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven schließt sich der vom Nds. Städte- tag initiierten Resolution an das Land Niedersachsen zur Gewährleistung der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf die Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter an.

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Informationen zur Marion-Dönhoff-Schule - Auslobung des Architektenwettbewerbs

Herr Brandt teilt mit, dass die Ausschreibung zum Architektenwettbewerb am 19.07.22 erfolgte. Bis zum 23.08.22 bewarben sich 30 schulbauerfahrene Architekturbüros, wovon 15 ausgewählt wurden. Die Auslobung wurde am 05.09.22 versandt. Das Kolloquium fand am 12.09.22 statt. Die Frist zur Abgabe von Entwürfen endet am 31.10.22. Danach werden die Angebote durch ein Preisgericht sondiert (Sitzung und Gewinnerauswahl am 06.12.22). Anschließend erfolgt eine Ausstellung des ausgewählten Entwurfs und weiterer Entwürfe. Parallel läuft bereits die Behördenbeteiligung zu den Umständen Zuwegung, Bebauungsplan usw. Hinzu werden schon Gespräche mit möglichen Kooperationspartnern der Schule geführt (z. B. Ju-

gendamt, Freizeitzentrum, Bibliothek, Sportvereine).

Frau Prinz bemängelt die kurzfristig nötige Beantwortung eines Fragenkatalogs (Eingang um 10 Uhr, Beantwortung bis 13 Uhr für die Auslobung am Nachmittag). **Herr Burkhardt** ist erschrocken über diese Kurzfristigkeit und sorgt sich, dass das Architektenkonzept den Anforderungen der Schule entspricht. Das pädagogische Konzept und der Rahmen mit KME-Zweig und Ganztag, so **Herr Stöver**, sind dem Architektenbüro bekannt. Zur Nachfrage von **Herrn Ehlers** gibt **Herr Brandt** an, wird das Architekturbüro auch ein Energiekonzept erstellen. Er ergänzt, dass der Entwurf natürlich noch nicht die Endfassung der Planungen ist. Im Fachpreisgericht sind Architekten, Herr Marusic und ein Landschaftsarchitekt vertreten. Im Sachpreisgericht sind Herr Stöver und Frau Martens von der Schule, Frau Mandt, die Herren Ehlers, Störmer und Schön als Ausschussvorsitzende, Herr Schönfelder, Frau Winkel-Fiedelak, Frau Pek, Herr Gundlach, Herr Müller und er selbst als Vertreter der Verwaltung und eine Schulbauberaterin der RLSB sowie Herr Feist vertreten.

5.2 Informationen zum Schuljahresbeginn 2022/23 - Einschulungen 1. und 5. Jahrgang sowie Beschulung ukrainischer Kinder und Jugendlicher

Herr Brandt verweist auf Gespräche mit den Grundschulleitungssprecherinnen und den Schulleitungen der weiterführenden Schulen. Im Austausch mit dem Jugendamt soll ein System erarbeitet werden, durch das über AnsprechpartnerInnen in den Sammelunterkünften ein direkter Kontakt zu den Schulen stattfindet. Insgesamt leben 945 Menschen, die aus der Ukraine geflüchtet sind. 77 davon sind im Grundschulalter, 147 davon entfallen in die Jahrgänge 5 bis 10 und ca. 60 in die Jahrgänge 11 bis 13. In den Grundschulen werden zzt. 68 Kinder, in den Oberschulen 46, in der IGS acht und in den Gymnasien 82 beschult. In der BBS wurden vier Sprachlernklassen eingerichtet, davon zwei ausschließlich für ukrainische Jugendliche. An den Schulen werden darüber hinaus viele weitere noch nicht deutsch sprechende Kinder beschult. **Herr Brandt** warnt vor dem Erreichen der räumlichen Belastungsgrenze. Noch ca. 700 weitere Flüchtlinge sind bis zum Ende des ersten Quartals 2023 zu erwarten.

Herr Hofmann erklärt, dass die tatsächlichen Einschulungen um ca. 40 Kinder bzw. ca. 6 bis 7 % größer als die prognostizierte Einschulungszahl für den 1. Jahrgang war. Dabei erläutert er einzelne höhere Zahlen an den Grundschulen Rüstersiel, Hafenschule, Voslapp und Wiesenhof. Ein Teil des Zuwachses erklärt sich mit der Flüchtlingszuwanderung. Zum 5. Jahrgang weist er auf im Vergleich zur Anmeldezahl gestiegen Einschulungszahlen an den städtischen Oberschulen hin.

Auf Nachfrage von **Frau Prinz** teilt **Herr Hofmann** mit, dass das Förderzentrum zzt. räumlich ausgelastet ist, aber mit dem Auslaufen der Förderschule Lernen Räume frei werden. **Herr Burkhardt** bittet um Nachreichung der Anzahl von Flexi-Kindern.

Laut **Herrn Ehlers** und **Frau Weinstock** ist nach wie vor eine neue Grundschule nötig. **Herr Schönfelder** erklärt, dass die Einrichtung einer neuen Grundschule nicht aufgehoben, sondern geschoben wurde, weil GGS nur über begrenzte perso-

nelle und finanzielle Mittel verfügt. Auf die Frage von **Herrn Hager** zu einer Beschulung Wilhelmshavener Kinder im Landkreis Friesland teilt **Herr Brandt** mit, dass man dort zahlenmäßig vor einer vergleichbaren Situation steht. **Herr Hofmann** ergänzt um die dann nötige Beauftragung von Schülerbeförderung.

Herr Schönfelder teilt zur Nachfrage von **Herrn Burkhardt** mit, dass die vom Land avisierte Zuweisungszahl von 700 beim Land hinterfragt wird.

Frau Tietjen berichtet für das NGW, dass die ukrainischen SchülerInnen auch von bereits pensionierten Lehrkräften oder ehemaligen SchülerInnen betreut werden. **Frau Prinz** gibt an, dass muttersprachliches Personal für die Betreuung der Flüchtlingskinder nötig ist. **Frau Oltmanns** berichtet, dass bisher Lehrkräfte aus Syrien beispielsweise nur als pädagogische MitarbeiterInnen eingestellt werden konnten.

Auf die Anlagen „Anmeldezahlen 2022-23 Jahrgang 1“ und „.....Jahrgang 5“ wird verwiesen.

Pause von 10 Minuten

5.3 Informationen zum Umgang mit den Herausforderungen der Energiekrise in den Schulen

Herr Brandt teilt mit, dass in Schulräumen eine Temperatur von 20° herrschen muss. Für die Temperatur in Sporthallen gibt es mit 17° nur eine Empfehlung. Eine Möglichkeit der Energieeinsparung ist der Austausch von Thermostaten, mit denen bereits Höchsttemperaturen bestimmt werden. Die Schulen akzeptieren Energiesparmaßnahmen, fordern aber zu Recht, dass dies nicht zu Lasten der SchülerInnen erfolgen darf.

5.4 Informationen zum Modellprojekt "Verwaltungsassistenz an Schulen"

Beim Nds. MK wurde das Projekt „Verwaltungsassistenz für Schulleitungen“ initiiert, so **Herr Hofmann**. Nach tel. Mitteilung durch Frau Voigtländer-Kunze (schulfachliche Dezernentin für Gesamtschulen und Gymnasien) vom 16.09.22 wurde als eine von 20 Schulen in Niedersachsen die IGS ausgewählt. Das Projekt sieht vor, eine Vollzeitstelle zu schaffen, welche die Schulleitung bei den Verwaltungstätigkeiten unterstützt. Vergleichbares gibt es bislang nur an den Berufsbildenden Schulen. Für diesen Prozess hatten die einzelnen Dezernate der vier Regionalabteilungen div. Daten und Besonderheiten zu ihren Schulen an das MK übermittelt (z. B. Schülerzahl, Schülerklientel, regionale Besonderheiten). Die Auswahl hat das Nds. MK vorgenommen. Die Schulträger wurden nicht beteiligt. Nach jüngster Mitteilung der o. a. Dezernentin soll die Stelle zum 01.01.23 besetzt werden. Die Personalkosten trägt das Land.

Ende öffentlicher Teil

B Nichtöffentlicher Teil

Ende der Sitzung 18:00 Uhr

Schönfelder
Erster Stadtrat

Ehlers
Vorsitzender

Hofmann
Protokollführung